3. Jahrgang / Nr. 232

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Sonnabend, 15. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Bankerott der Regierung Wirth.

Die Teilung Oberschlesiens vom Völkerbund beschlossen!

(DA.) Genf, 12. Oktober.

Das Gutachten des Völkerbundes über Oberschlesien ist endgültig fertiggestellt. Es soll heute noch an Briand übermittelt, aber erst am Sonnabend veröffentlicht werden. Der Völkerbundrat wird aber jedenfalls noch heute eine längere Mitteilung über den Hergang der Verhandlungen in der Viererkommission ausgeben. Wie aus sehr gut unterrichteter Quelle verlautet, lauten die wesentlichen territorialen Punkte des Gutachtens folgendermaßen: Polen erhält die Kreise Pleß und Rybnik, ferner einen kleinen Teil des Kreises Hindenburg, die Stadt- und Landkreise Kattowitz und Königshütte, einen Teil des Kreises Tarnowitz und einen Teil des Kreises Rosenberg. Die letzten beiden erwähnten Teile sind nur schmale Grenzstreifen. Die Städte Beuthen, Gleiwitz, Tarnowitz, Rosenberg und Hindenburg bleiben deutsch. Die Grenzlinie zwischen Königshütte und Beuthen ist so gezogen, daß die Stadt Beuthen in einer schmalen Zunge liegt, die beiderseits von polnischem Gebiet umgeben ist.

Wirth und die Erben.

Die Regierung Wirth befindet sich in der Auflösung. Kabinettsrat folgt auf Kabinettsrat.

Die Bittgänge der deutschen Botschafter in Paris und in London sind erfolglos geblieben. Noch besteht die Regierung Wirth formell weiter. Demokraten und Zentrum fordern die sofortige Demission, die Sozialdemokratie will noch abwarten. Eins aber ist sicher: die Regierung Wirth wird, so wie sie jetzt besteht, nicht bestehen bleiben.

Das Kabinett Wirth fällt durch seine eigenen Sünden. Es war die Regierung Wirth, die der Orgesch in Oberschlesien Bewegungsfreiheit verschafft hat, es war die Regierung Wirth, die die nationalistische Propaganda für Oberschlesien mit allen Mitteln unterstützt hat. Kein Wunder, wenn sie jetzt der eigenen nationalistischen Phrase zum Opfer fällt. Ueber dem Grabe des Kabinetts „der Erfüllung, der Versöhnung und des Friedens" lodern die Flammen neuer nationalistischer Hetze wild auf.

Die Gegenrevolution regt sich, um die Krise für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. In Oberschlesien fordern alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten die Regierung auf, zurückzutreten. In Bayern meldet sich die Orgesch und kündigt neue Demonstrationen an. Die „nationale Einheitsfront" ersteht wieder.

Nicht als ob die Herrschaften glaubten, nunmehr den Kampf gegen die Entente aufnehmen zu können. Die Aussichten dafür sind allzu schlecht. Auch die Spekulation auf den englisch-französischen Gegensatz hat sich als falsch erwiesen.

Unter der Maske der „nationalen Einheitsfront" sollen die breiten Massen des deutschen Volkes mit der bekannten „breiten Koalition" Görlitzer Angedenkens beglückt werden. Was bisher durch die Entrüstung der Arbeiterschaft nicht gelungen ist, soll jetzt angesichts der auswärtigen Krise durchgeführt werden. Die Stinnesregierung soll kommen. Die „Revision des Friedensvertrags" ist ja eine alte Parole der Deutschen Volkspartei. Sie gebraucht sie allerdings nur, um sich die Steuersabotage im Innern zu garantieren. Es paßt auch sehr gut in das ganze Bild, wenn die Großbourgeoisie jetzt erklärt, daß im Falle einer Teilung Oberschlesiens das Kreditangebot hinfällig werde.

Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, der Bourgeoisie das Spiel leicht zu machen, denn sie und kein anderer hat die Kosten zu tragen. Die Arbeiterschaft muß bereit sein, selbständig einzugreifen. Bei allen früheren Krisen hat die Arbeiterschaft die Führung der Bourgeoisie überlassen und so nur neues Leid und neue Ungewißheit auf sich geladen.

Die Arbeiterschaft muß die Entscheidung selbst herbeiführen. Sie muß der nationalen Einheitsfront der Bourgeoisie die proletarische Einheitsfront gegenüberstellen. Die Gegenrevolution, die Großbourgeoisie, die Stinnes und Konsorten, die jetzt zu neuen Schlägen rüsten, müssen überall auf die geschlossene Kraft des Proletariats stoßen.

Eine Lösung der oberschlesischen Frage kann nur durch Verständigung der deutschen und polnischen Arbeiter erreicht werden. Eine Revision des Friedensvertrages kann nur durch eine Verständigung mit den französischen Arbeitern erreicht werden. Das wird aber solange nicht geschehen, solange Deutschland noch eine bürgerliche Regierung hat.

Im eigenen Handeln liegt die Rettung der Arbeiterklasse. Und darum heißt es, bereit sein.

Nationalistischer Rummel in Oberschlesien.

Sozialdemokraten in der „nationalen Einheitsfront".

Die sozialdemokratische Bezirksleitung für Oberschlesien sandte an den Parteivorstand ein Telegramm, dessen Schlußsätze lauten:

Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Aemter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.

Der „Deutsche Ausschuß für Oberschlesien" teilt in einem Aufruf mit:

Das Zentrum, die demokratische und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuß in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständigen Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es verstehen können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschtum zu retten, wir würden es nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Rechtsbruche gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde.

Die „nationale Einheitsfront" ist hergestellt. Die SPD. geht Hand in Hand mit den bürgerlichen Parteien. Die Folgen von Görlitz zeigen sich in der Praxis.

Orgeschbayern meldet sich.

Der Korrespondent des „Achtuhrabendblatts" meldet aus München:

Wie ich höre, wird für den Fall einer ungünstigen Lösung der oberschlesischen Frage der bayerische Landtag zum Zwecke einer großen gemeinsamen Kundgebung des bayerischen Volkes einberufen werden.

Die Gewerkschaftsbürokratie in der nationalen Einheitsfront.

Berlin, 12. Oktober. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund haben an den Völkerbundsrat, Lloyd George und Briand folgendes Telegramm gerichtet:

Nach übereinstimmenden Aeußerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundsrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen schärfsten Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsangehörigen umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsdichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis. Sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 13 des Friedenstraktats ergebenden Maßnahmen verzichten müßte.

Gerechtigkeit, sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch Belassung Oberschlesiens bei Deutschland.

Die Beamten, die Angestellten und der Kommunismus.

Manchem Genossen mag es nichtig und sogar zwecklos erscheinen, sich besonders an die Beamten und Angestellten zu wenden. Sie weisen dabei auf die alte Ideologie, auf den fast unausrottbaren Korps- und Kastengeist, auf die politische und gewerkschaftliche Indifferenz und Unzuverlässigkeit und auf das häufig zutage tretende Strebertum dieser Arbeiterschicht hin. Am Ende belegen sie ihre Meinung noch mit dem Satze: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!" Andere verweisen auf die Unzuverlässigkeit und die Sabotage der Beamten und Angestellten in Rußland und verlangen gar, daß überhaupt keine Angestellten in die Partei aufgenommen werden; dieser Teil hat einen aufrichtigen, aber im Zwecke verfehlten Haß gegen alles, was intellektuell heißt.

Welche Linie ist nun die richtige? Für uns ist vor allem wichtig, zu ergründen, ob diese Schichten zur eigentlichen Bourgeoisie gehören, d. h. zu jenen Ausbeutern der Arbeiterklasse, die den vom Proletariat geschaffenen Mehrwert für ihre Zwecke verwenden. Wohl hat ein kleinerer Teil, zumeist nur die oberen Schichten der Beamten und Angestellten, infolge Abstammung oder Heirat ein größeres Vermögen und ist dadurch Mitnutznießer der Ausbeutung. Die Direktoren, Prokuristen u. a., die Tantiemen und unverhältnismäßig hohe Gehälter beziehen, kann man meist zu diesen rechnen. Aber die Masse des sogenannten neuen Mittelstandes, gewachsen und noch wachsend mit dem Fortschritt der Industrialisierung, ist seiner wirtschaftlichen Lage nach nur wenig, meist gar nicht unterschieden von der Masse der Arbeiter. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein großer Teil der Beamten und Angestellten schlechtere Lebensbedingungen hat als gewisse Arbeiterkreise. Der Mangel an Organisationen und, wo solche vorhanden, ihr Mangel an Kampfgeist, ließ die große Zahl der Angestellten in immer größeres Elend herabsinken. Die Existenzsicherheit, früher das typische Merkmal der Angestellten, ist heute auf ein Minimum zurückgesunken. Die umfassende Wirtschaftskrise hat sie ebenso, oft noch schlimmer, erfaßt als die Handarbeiter. Geht man in die Arbeitslosennachweise, so findet man dort in allen Städten eine unerwartet hohe Zahl von Angestellten. Es herrscht großes Elend in den Familien dieser Armen. Sie sind alle im wahrsten Sinne des Wortes „Proletarier".

Man kann einwenden, daß das Verhältnis zwischen Angestellten und Unternehmern ein anderes sei, als zwischen Arbeitern und Unternehmern. Abgesehen von vereinzelten Fällen ist dieses Verhältnis, wenn es auch im Anfangsstadium der Entwicklung der Industrie eine gewisse, mehr scheinbare Interessenharmonie zwischen beiden gegeben hat, heute von gleicher Art. Ja, man kann feststellen, daß es oft ein schlechteres ist. Die Zeiten, wo die Vorbildung, die gesellschaftliche Schichtung, der langandauernde Anstellungsvertrag, kameradschaftliche Bekanntschaft eine größere Rolle spielten, sind längst vorbei.

Man kann beobachten, daß Staat und Unternehmer in der Regel mit einer beispiellosen Geringschätzung und, wo der Angestellte sich regt, mit unerbittlicher Schärfe vorgehen. Sie nehmen an, daß diese Schichten die moralische Pflicht hätten, das Gleichgewicht in der Gesellschaft herzustellen oder mindestens nicht zu stören, wie traurig auch ihre eigene Lage bestellt sei. Man mutete häufig den sogenannten gebildeten Menschen die „moralische" Pflicht zu, sich für diesen Ausgleich einzusetzen und sich dabei kummervoll durchs Leben zu schlagen, und nannte das dann „standesgemäß". Selbst über die erniedrigenden Eingaben und die lakaienhaften Bittschriften geht man heute überall zur Tagesordnung über. Auch die Staatsbeamten, die, äußerlich betrachtet, eine sichere Existenz innehaben, befinden sich tatsächlich in keiner besseren Lage. Wo sie noch die größere Sicherheit der Existenz besitzen, ist ihre Entlohnung so gering, daß sie zum untersten Teile des Proletariats zu zählen sind. Nur ein kleiner Kreis Bevorzugter erhält Summen, die ein ordentliches Leben gewährleisten. Die von den Machthabern gepflegte Kastenscheidung hat den Beamten die Möglichkeit noch nicht gegeben, als geschlossene Masse machtvoll aufzutreten. Jede leise Regung und das geringste Streben nach Verbesserung ihrer Lage in ideeller und materieller Hinsicht wird von Grund auf niedergehalten und gewaltsam unterdrückt. Die Scheinsozialisten leisten dem Klassenstaat dabei Handlangerdienste.

Wir sehen also, daß die wirtschaftliche Lage der Beamten und Angestellten keineswegs günstig ist, und daß sie sich mit der Verschärfung der Krise rasend verschlechtert. Massen von ihnen werden vom Strudel der Zerrüttung erfaßt und verfallen dem Elend. Geht einmal in die großen Industriezentren und in die Großstädte, vergleicht die Statistiken der Aerzte, seht die Kinderheime und Schulen — und Ihr werdet ein erschreckendes Bild vor

Euch auftauchen sehen: Massen von Kindern der Angestellten sind unterernährt.

Die Beamten und Angestellten sind aber doch die Stützen der gelben Vereine und stehen bei Bewegungen auf der Seite der bürgerlichen Reaktionäre? Leider nur zu oft ist es so! Aber für uns kommt doch nicht nur die momentane politische Einstellung und die Denkweise dieser Menschen in Betracht, sondern ihre wirtschaftliche Lage und ihre Stellung im Produktionsprozeß. Der Klassenstaat hat durch seine Schulen und Institute wohl die Hirne der meisten Angestellten in den Interessendusel gestürzt. An manchen Angestellten sind wohl die Ereignisse der letzten Jahre ganz spurlos vorübergegangen. Wo sie mit in die Linie der neuen Gedanken gerissen wurden, haben große Teile bei dem nächsten reaktionären Hauch wieder Kehrt gemacht, viele sind sogar ins andere Extrem verfallen. Für den Kenner dieser Schichten ist dies nicht verwunderlich. Es offenbart sich hier elementar die jahrzehntelange geistige Absonderung, der völlige Mangel an politischer und gewerkschaftlicher Schulung und die alte leidige Gewohnheit des gehorsamen, unselbständigen und spekulativen Dieners. Dieser Mangel an Festigkeit und Charakterstärke stößt die klassenbewußten Arbeiter häufig ab. So kommt es, daß viele Genossen davor warnen, sich überhaupt mit den Angestellten und Beamten einzulassen.

Können und dürfen wir das? Ich sage: Nein! Wenn es feststeht, daß die große Masse dieser Schicht wirtschaftlich zum Proletariat gehört, wenn wir die Ursachen ihres Mangels an politischer Ueberzeugung und gewerkschaftlicher Schulung kennen, und wenn wir das Verhältnis zwischen Angestellten und Unternehmern ergründet haben, so müssen wir die Wirkungen verstehen, und es muß unsere Stellungnahme eine andere sein. Wir haben jahrzehntelang gegen den Unverstand der Massen gekämpft, und dieser Kampf nimmt heute leider noch die Breite unserer Arbeit und Energieaufwendung ein, wir werden auch gegen den Unverstand und die Schwäche dieses Teiles des Proletariats kämpfen müssen.

Wir müssen alles daran setzen, schon vor der proletarischen Revolution einen großen Teil der Intellektuellen für uns zu gewinnen. Trotzdem wir hier keinen Mangel an hochqualifizierten Arbeitern haben, halten wir dies bei der hochentwickelten Technik und bei der großen Differenzierung der gesamten Wirtschaft für unbedingt notwendig. Wir haben schon Ansätze zu verzeichnen, die wirtschaftliche Not hat schon manchen in unsere Reihen geführt. Mag man offenbare Streber so rasch als möglich aus der Partei entfernen, weil sie aus Mangel an Zuverlässigkeit doch nichts nützen werden, mag man gegen sie eine gewisse Vorsicht anwenden, allen Intellektuellen gegenüber auf der Hut sein: Soviel aber steht fest, wir können diesen Teil des Proletariats bei der Umgestaltung der Wirtschaft nicht entbehren.

Wir haben also bei der Agitation und Propaganda auf diesen Umstand Rücksicht zu nehmen und unsere Tätigkeit und Taktik darauf einzustellen. Der Erfolg wird allerdings nicht groß sein, wenigstens nicht der sofort sichtbare. Vergesse man aber die Rückwirkungen nicht. Selbst wenn es unmöglich ist, den größeren Teil der Angestellten als Kämpfer in unseren Reihen zu benutzen, ist es, das lehrt die Erfahrung, doch immerhin möglich, einen namhaften Teil in seiner alten Denkweise schwankend zu machen. Dadurch werden die Angestellten und Beamten neutralisiert und scheiden als aktive Gegner aus. Bei der Beurteilung der Intellektuellen und ihrer Rolle in der Revolution unterscheide ich vier Gruppen: Aktive Kommunisten, Sympathisierende, Neutrale und aktive Konterrevolutionäre. Je größer die Zahl der Neutralen ist, desto leichter sind die aktiven Konterrevolutionäre während und nach der Revolution auszuscheiden und unschädlich zu machen.

In den freiheitlichen Kämpfen des Bürgertums standen einst die Studenten an erster Stelle. Leider ist diese Schicht heute der Stoßtrupp der Reaktion, ein verschwindender Teil sympathisiert mit uns. Hochschulen und Universitäten sind zu Hochburgen und Brutstätten des Weißen Terrors geworden. Die Söhne der Bourgeoisie zeigen in der Tat mehr Klassenbewußtsein als mancher Proletarier. Die Masse der Angestellten aber, unklar und einen kampflosen Ausweg suchend, zieht mit den Scheinsozialisten und drängt die Kompromißler immer mehr in den bürgerlichen Sumpf.

Unsere Aufgabe ist es darum, hier Bresche zu schlagen, diese Unklarheit zu sichten und die Notwendigkeit und das erhebende Gefühl des Kampfes darzulegen. Es ist unsere Aufgabe, den Beamten und Angestellten zu sagen, daß auch ihre Befreiung aus den Klauen der Ausbeuter nur im Zeichen des entscheidenden Klassenkampfes erfolgen kann. Wir müssen ihnen klar machen, daß die endgültige Befreiung nicht ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats möglich ist, und daß nur die Kommunistische Partei, als die klarste, entschiedenste, kampfbereiteste und wirklich klassenbewußte Partei, diesen Kampf führen, daß nur sie den Sozialismus verwirklichen kann.

Genossen, heran an die Stehkragenproletarier, auf zur Arbeit!

Gegen Munitionsherstellung!

Der Bezirksausschuß und die Bezirksleitung der KPD. von Rheinland-Westfalen-Süd erläßt folgenden Aufruf:

„Die kapitalistischen Mächte der Welt, vor allem Frankreich und England, sehen in der jetzigen schweren Krise, in der sich Sowjetrußland infolge der schrecklichen Hungerkatastrophe befindet, eine günstige Gelegenheit, den verhaßten Arbeiterstaat zu stürzen. Sie schicken zunächst Polen vor, das durch unerhörte Provokationen, durch Unterstützung der weißgardistischen Banden Sawinkows und Petljuras zum Bruche mit Sowjetrußland treibt, sie lassen Polen und Rumänien die ersten Vorbereitungen zum Einfall in die Ukraine und Bessarabien treffen.

Die kapitalistischen Mächte holen hier zum Schlage aus, der nicht allein die russische Revolution, sondern die ganze Internationale Revolution überhaupt treffen soll. Dieser mörderische Plan richtet sich gegen den Befreiungskampf der Hand- und Kopfarbeiter in allen Ländern. Daher muß das ganze Weltproletariat Sowjetrußland in diesem Abwehrkampf gegen die kapitalistischen Horden beistehen.

Wir weisen das gesamte Proletariat auf die Rolle hin, die gerade Deutschland im Falle eines kapitalistischen Krieges gegen Sowjetrußland zu spielen bestimmt ist. Der Bezirksausschuß fordert daher angesichts der ungeheuren Gefahren die ganze Arbeiterschaft zur höchsten Wachsamkeit und Berichterstattung auf.

Wir fordern in Ausführung des Aufrufs der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam und in Anlehnung an den Beschluß der Jenaer Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Transport- und Eisenbahnverbände auf, alle Transporte zu prüfen, jeden Transport von Munition und Kriegsmaterial zu unterbinden.

Der Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Jena lautet:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Herstellung von Kriegsmaterial und Kriegsmunition zu unterbinden."

Bezirksausschuß und Bezirksleitung der KPD.
Rheinland-Westfalen-Süd."

Die Kinder der Proletarierhelden hungern!

Gebt ihnen Brot!

Die Mainzer SPD. gegen Görlitz.

Die Mitgliederversammlung der SPD. in Groß-Mainz faßte folgenden Beschluß:

„Die am 6. Oktober tagende Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Mainz lehnt die vom Parteitag in Görlitz angenommene Resolution, die den Weg zur Koalierung mit der Deutschen Volkspartei ebnet, ab. Sie hält eine Koalitionsverbreiterung nach links für notwendig im Interesse der Erhaltung und Entwicklung der demokratischen Republik."

Chemnitz gegen Görlitz.

Eine Mitgliederversammlung der Chemnitzer SPD. nahm nach eingehender Debatte folgende Entschließung an:

Die Parteigenossen des Chemnitzer Unterbezirks erklären: Nach der politischen Revolution stehen wir nunmehr in einer Epoche schwerster sozialer Kämpfe. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob Deutschland eine kapitalistische Bourgeois-Republik, wie Frankreich und Amerika, oder ein sozialer Freistaat wird, der Stück um Stück den Sozialismus zu verwirklichen bereit ist. Diese gewaltige Aufgabe von historischer Bedeutung kann nur im härtesten Kampf gegen die organisierte Macht des Kapitals, die ihren prägnantesten Ausdruck in der Deutschen Volkspartei findet, gelöst werden. Das bedingt weiter, daß auf unserer Seite alles zusammengefaßt werden muß, was seiner Klassenlage nach zum Proletariat gehört und sich zum Schutz der Republik und deren Verfassung bekennt.

Damit ist Weg und Taktik festgelegt: die Deutsche Volkspartei in ihrer jetzigen Form kann für eine Koalition mit der Sozialdemokratie nicht in Frage kommen. Sie kann nicht als Schutz für die Republik gelten, da sie nach ihrer Wesenheit und nach ihrem Programm monarchistische Ziele verfolgt.

Die Chemnitzer Parteigenossen erblicken deshalb in der Auslegung des Görlitzer Beschlusses, der zweifellos eine Verbindung mit der Volkspartei vorbereiten sollte, eine schwere Gefährdung der Einheitlichkeit und Stoßkraft der Arbeiterschaft. Insbesondere aber rügt die Versammlung die Art, wie der Parteivorstand diese schwerwiegende Frage über die Köpfe der Mitglieder ohne jede Vorbereitung in der Parteipresse oder in den Versammlungen an den Parteitag heranbrachte und so das freie Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in einer ohne Vorgang in der Parteigeschichte dastehenden Weise verletzte. Die Parteiversammlung geht über die Angriffe des Vorstandsmitgliedes Genossen Krüger gegen Chemnitzer Parteileitung und „Volksstimme" zur Tagesordnung über und erklärt nur, sich rückhaltlos hinter die von Parteileitung und Parteiorgan bisher vertretenen Politik zu stellen. Sie erblickt nach wie vor in der Vereinigung der beiden sozialistischen Bruderparteien das höchste Ziel und beauftragt Parteileitung und Redaktion, in diesem Sinne weiter zu wirken.

Die Erhaltung der rein sozialistischen Regierung Sachsens wird als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Kapp junior.

Der Oberstaatsanwalt in Leipzig hat einen neuen Haftbefehl gegen Kapp, den Vater, den Putschisten vom März 1920 erlassen. Sein Sohn ist aus demselben Schlage. Wenn auch Kapp, dem Vater, das gesamte Vermögen, laut „Reichsanzeiger", beschlagnahmt wurde, war das für den preußischen Landwirtschaftsminister kein Grund, Kapp, dem Sohn, die Güter des Vaters in Ostpreußen nicht in die Hände zu spielen.

Kapp junior beschäftigt sich auf diesen Gütern auf eine sehr interessante Art und Weise. Wir erfahren darüber folgendes:

Der Sohn des bekannten früheren Generallandschaftsdirektors Kapp hat auf seinem Gute Pilzen in Preußisch-Eylau 100 Mann unter dem Namen einer Schützengilde organisiert und jeden mit einem Gewehr ausgerüstet. Kapp jun. ist auch dabei, in der Umgebung ähnliche Schützengilden zu bilden.

Warum erläßt der Oberstaatsanwalt in Leipzig nicht auch einen Haftbefehl gegen Kapp junior?

Dort, wo man Hungers stirbt.

4] Von P. Podaschewski.

Im Dorfe Iwanowka.

In meinen Korrespondenzen von der „Hungerfront" werde ich Geschichten erzählen, die, vom „satten Standpunkte" aus betrachtet, so unwahrscheinlich erscheinen, daß ich befürchte, sie könnten ganz einfach als „ein schreckliches Feuilleton" bloß als aktuelles Literatenwerk erscheinen. Um dies zu vermeiden, bemerke ich im Vorhinein, daß in diesen Geschichten kein erdachtes Wort ist, nichts von mir hinzugefügt wurde, das in ihnen nur von mir gründlich überprüfte oder augenblickliche Tatsachen gesammelt sind: alle erwähnten Gemeinden und Dörfer existieren in Wirklichkeit, die genannten Tauf- und Vornahmen sind aus dem Leben. Alles kann durch Hunderte von Zeugen bestätigt werden.

Schon in Saratow wurde es aus den unzähligen Gesprächen über das Hungerthema klar, daß der richtige Hunger in der Tiefe des Wolgagebietes, in den Steppen zu suchen sei. Ich ging daher in die Steppe in der Richtung zum Ural. Wie es einer solchen verlassenen Gegend auch geziemt, geht der Zug nur einmal wöchentlich dorthin. Auf der Station „Jerschow" steige ich auf die engspurige Bahn um und fahre in den Kreis Pugatschew, im Gouvernement Samara. Ueber die Mißerntekatastrophe dieses Kreises wird am meisten gesprochen. In den winzigen Waggons sind die Leute alle von dieser Gegend, unbedeutende Leute, mit engem Gesichtskreis, die daher ausschließlich über ihre eigenen Angelegenheiten sprechen. Das Thema bleibt dasselbe — der Hunger —, andere „eigene Angelegenheiten" hat hier niemand. Die Begriffe verwickeln sich. Der Kreismaßstab ist ausschlaggebend. Man spricht von Bezirken, einzelnen Gemeinden und Dörfern. Es wird klar, daß wir in das Reich des absolut herrschenden Hungers kommen.

Auf der Station „Rimsko-Korsakowo" verlasse ich den Zug, untersuche hier eine Dörfergruppe und komme dann bis Pugatschewsk. Hier werde ich der wandernde Augenzeuge des Lebens, besser gesagt, des Todeskampfes eines weitausgedehnten Ringes von Dörfern: Tabolotschka, Iwanowka, Tschernjawa, Iwantjejewka usw.

An der Hungerfront, wie auch an der Kriegsfront wiederholen sich alle Bilder in ihren Grundtönen. Der Unterschied wird nur durch einzelne Striche dargestellt; um daher das Bild eines hungernden Dorfes zu geben, werde ich mich mit irgendeinem der erwähnten Dörfer ausführlicher beschäftigen, z. B. Iwanowka. Dieses ist viel typischer, als die andern. Drei Dörfer nebeneinander: Tabolotschka, Iwanowka und Iwantjejewka sind fast buchstäblich in der gleichen Lage; ein wenig weiter, sagen wir in Gusicha, verhält es sich etwas besser, das Ganze ist aber nur eine Frage der Zeit, in einem Monat wird es auch hier so traurig werden.

Vom letzten Haltort, von Tabolotschka bis Iwantjejewka soll es nur 18 Werst sein, ich glaube es aber nicht, sondern fange während des Weges an zu glauben, daß es nicht 18, sondern 180, 380 Werst sind, so unendlich lang und ermüdend zieht sich dieser Weg hin. Ich war früher nie in diesen Städten und ich kann es nur schwer begreifen, daß sie in den vergangenen Jahren („als unser Kreis noch nicht verdammt war!" — lautet die örtliche Redewendung), mit Gras bedeckt und ganz grün waren. Jetzt sind sie so ausgetrocknet, der Boden ist so hart, daß sie am meisten an Parkettboden erinnern, — sie sind ganz gelb und glatt. Man sieht keinen Grashalm. Und man bedenke nur, diese Steppe, dieser Parkettboden ist „Weide"! Hierher schickt man das Vieh, damit es sich Nahrung suche!

Schon viele Tage wandere ich umher auf diesem Pugatschowschen Boden und noch nie sah ich auch nur ein Wölkchen am Himmel. Die Sonne brennt, wie von irgendeinem Ingrimm erfüllt. Man würde denken, — es ist schon genug: sie hat schon ihr böses Werk, verbrannte, vernichtete ein ganzes Gebiet, es ist ihr aber augenscheinlich noch immer zu wenig, sie brennt und brennt weiter.

Besonders unerträglich werden ihre brennenden Strahlen in der Steppe, wenn man stundenlang ringsumher kein Sträuchlein, keinen Grashalm, kein Zeichen von Wasser sieht, eine wahre Sahara. Man möchte in dieser Umgebung die Sonne, diese höchste Spenderin menschlichen Lebens, verfluchen und wünschen, daß sie verblasse, so sehr „bratet" sie einem. Alles zusammen, die Sonne, der Staub, die rückstrahlende Ebene der Felder, alles vereinigt sich gegen den Wanderer. Aber sein schlimmster Feind sind die Pferde. Ein Paar Pferde von einem Dorf zum anderen zum Fortbewegen zu bekommen, ist eine große Qual, aber ihre Dienste zu benützen, ist noch elender. Sie gehen eine Weile und bleiben dann stehen. Bleiben stehen und stehen so weiter. Die Peitsche erhebt man nicht gegen sie, sie zu überreden mit verschiedentönigen „N—nn" ist unmöglich. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich zu setzen und sich an der Sonne zu wärmen, bis sie selbst entscheiden, was sie weiter zu machen haben: sofort an Ort und Stelle verrecken, oder sich noch etwas weiterschleppen. Es gibt keinen traurigeren Anblick, als diese Bauernpferde. Die Rippen ragen hervor, wie die Reifen am Fasse, die Knochen stehen überall hervor, die Haut hat die Haare verloren, die Rippen hängen hernieder, die Augen sind trübe. Unterwegs sieht man oft traurige Szenen: das Pferd liegt unbeweglich auf der Erde, dahinter der ausgespannte Wagen und ihr hilfloser Eigentümer. Er ist fast unzurechnungsfähig, was wohl verständlich ist, denn unter diesen Verhältnissen auch noch das letzte Pferd zu verlieren heißt alles zu verlieren. Aber nicht über das verreckte Pferd muß man sich hier wundern, sondern darüber, daß noch Nichtverreckte geblieben sind, — zu solchen Wundern wird man in erster Reihe durch diese unübersehbare „Weide", durch dieses „Grasfutter" angeregt und anderes Futter ist in dieser Gegend überhaupt nicht zu finden.

Als der Weg hügelaufwärts geht, oder einfach sandiger, schwerer wird, steigen wir beide, der Fuhrmann und ich, vom Wagen herunter und schleppen uns irgendwie hinter ihm her. Gewissenhafte Korrespondenten pflegen in solchen Fällen mit dem Fuhrmann ein Gespräch anzuknüpfen, oder veröffentlichen wenigstens in der Presse ein solches Gespräch. Diesmal muß ich aber diese beliebte Tradition zerstören. Der Fuhrmann muß früher ein fester Bauer gewesen sein, jetzt aber hat ihn die Not ganz heruntergebracht und sein Anblick versprach nichts, was des Berichtens wert wäre. Dabei stieß er noch bei der Abfahrt aus Tabolotschka finster hervor: „Die Frau hatte nicht einmal Zeit, die Blätter zu kochen."

Hast du denn auch nichts gegessen? Gegessen habe ich schon, — antwortete er, Kürbis war etwas übrig geblieben, aber man muß ja auch den Kindern etwas lassen; nach einem Stückchen Kürbis für den ganzen Tag gelüstete es die Leute wahrlich nicht nach Gesprächen, und dabei noch in einer solchen Hölle, und ich vermeide natürlich jedwede Frage. Er aber schweigt. Unser ganzes Gespräch — fast vom ganzen Tag — kann aus dem Gedächtnis mit stenographischer Gen[illegible] wiedergegeben werden:

Auch sonst geht es in Ostpreußen sehr lebhaft zu. An Auflösung von Einwohnerwehren und Orgesch hat niemand auch nur im Traum gedacht. Die frühere Königsberger Einwohnerwehr hat sich auf den Namen „Bürgerverein" umgetauft und besteht lustig weiter. Sie hat augenblicklich ungefähr 3600 Mitglieder, früher waren es 3800. Vorsitzender ist Martins, Cranzer Allee. Das Büro befindet sich in der Theaterstraße 10. Beitrag halbjährlich 6 Mark. Die meisten Mitglieder haben ihre Gewehre zu Hause so, wie bisher bei der Einwohnerwehr. Die Waffen der übrigen sind in Sammellagern untergebracht.

Das Urteil im Velberter Kommunistenprozeß.

(TU.) Leipzig, 12. Oktober.

Im Reichsgerichtsprozeß gegen die 13 Personen, die angeklagt sind, im August des vergangenen Jahres in Velbert (Rheinland) und Umgegend den Versuch gemacht zu haben, die Räterepublik zu errichten und die Diktatur des Proletariats zu verkünden, wurde Mittwoch nachmittag das Urteil verkündet. Wegen Hochverrats erhielt der Angeklagte Graß fünf Jahre sechs Monate Festungshaft, wegen Beihilfe wurde der Angeklagte Waltersbach zu drei Jahren, die übrigen Angeklagten zu Festungsstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zwei Jahren verurteilt. Wegen Nötigung wurde der Angeklagte Löwenthal zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Der Angeklagte Thomas wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß als erwiesen anzusehen sei, daß die Angeklagten keinesfalls aus ehrloser Gesinnung gehandelt haben. Die Untersuchungshaft wird zum größten Teil angerechnet. Die Haftbefehle werden außer gegen drei Angeklagte, bei denen Fluchtverdacht vorliegt, aufgehoben.

Keine ehrlose Gesinnung; aber dennoch viele Jahre Festungsstrafen. Alle Prozesse gegen Kommunisten haben statt revolutionäre Arbeiter zu belasten, das Treiben der Reaktion und ihrer dunklen Ehrenmänner im Dienste der politischen Polizeibehörden enthüllt. Die gesamte Linkspresse hat in letzter Zeit über das Treiben soviel Anklagematerial gegen die Monarchisten veröffentlicht, um die Gerichte auf lange Zeit beschäftigen zu können. Aber weder die in den Kommunistenprozessen entlarvten Provokateure noch irgend einer der reaktionären Mordbuben sind bisher vor den Gerichten erschienen. Wann sollen diese Prozesse beginnen?

Das Ende des Danziger Kommunistenprozesses.

Die Danziger Justizkomödie ist vorbei. Die Genossen Rahn und Schmidt wurden zu einer Festungsstrafe von je einem Jahr verurteilt. Es ist das erstemal, daß in einem republikanischen Staat Abgeordnete wegen ihrer parlamentarischen Tätigkeit gerichtlich verurteilt wurden. Die Danziger Justiz hat sich damit ebenbürtig an die Seite des Danziger Senats gestellt. Wenn es noch notwendig gewesen ist, den Parlamentarismus des letzten Scheins der wirklichen Herrschaft des Volkes zu entkleiden, so haben die Danziger Richter vor allen Dingen dieses Werk vollbracht. Wer in dem Prozeß Rahn und Schmidt auf der Anklagebank saß, waren nicht die Angeklagten, sondern der Senat. Es hat sich im Laufe der Verhandlung klar erwiesen, daß die ganze Komödie, die am 4. August im Danziger Volkstage unter der Regie des Senators Schümmer aufgeführt wurde, ein von den Deutschnationalen abgekartetes Spiel war, und ebenso vorbereitet war auch das Ende des Prozesses. Es war schon vor Wochen in den sogenannten „höchsten" Kreisen ein offenes Geheimnis, daß die Genossen Schmidt und Rahn zu einem Jahr Festungshaft verurteilt werden sollen. Das Urteil mußte ausgesprochen werden, trotzdem die ganze Verhandlung die Haltlosigkeit der Anklage ergab, damit der Senat nicht offen vor aller Welt in seiner ganzen ungesetzlichen Handlungsweise entlarvt werden sollte. Die Staatsautorität sollte gewahrt bleiben. Daß dies aber durch diesen Prozeß in seinem ganzen Verlauf geschehen ist, werden wohl die Richter selbst nicht glauben. Sie sprachen trotz des Scheinurteils die Haftentlassung der Genossen Schmidt und Rahn aus, und die Begeisterung, mit der die Danziger Arbeiterschaft die verurteilten Genossen bei Verlassen des Gerichtsgebäudes empfing, war das wahre Urteil in dem Waffengang zwischen den Danziger Kommunisten und den Deutschnationalen, das gegen den reaktionären Senat ausgesprochen wurde.

Die Untersuchung der Oppauer Explosionskatastrophe.

(Fortsetzung aus der gestrigen Nummer.)

Die Zeugenaussagen.

Es wird beschlossen, die Anklageschrift des Arbeiterrates ebenfalls mit zur Grundlage der Untersuchungen zu machen. Die von dem Arbeiterrate und dem Abgeordneten Remmele genannten Zeugen aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen der Anilinfabrik werden geladen. Als „Sachverständige" werden geladen: Professor Dr. Gutbier von der Technischen Hochschule in Stuttgart, Professor Dr. Bosch, der Erfinder des Ammonsulfat, Direktor bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik Gaußl Der Abg. Remmele (Komm.) bemerkte zur Frage der Sachverständigen: er unterscheide hier zwei Sorten von Sachverständigen, solche, die an dem Anilinkonzern beteiligt und interessiert sind, die daher als Sachverständige nicht in Frage kommen, und einem solchen, der zunächst als uninteressierter Sachverständiger gelten könne. Er behalte sich vor, im Laufe der Verhandlung weitere Sachverständige zu benennen. Zunächst beantrage er einen Konkurrenten des Anilinkonzerns als Sachverständigen zu laden. Als solcher komme der Direktor des Kalisyndikats in Frage. Unter der Begründung, daß das Kalisyndikat kein Konkurrenzunternehmen des Anilinkonzerns sei, wurde diesem Antrage nicht stattgegeben! Bis die Zeugen und Sachverständigen zur Stelle sind, wird am Nachmittage das Werk und der Ort Oppau besichtigt.

Die zweite Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Untersuchungsrichters beim Landgericht Frankenthal. Dieser beruft sich auf sein Amtsgeheimnis, aus welchem Grunde er über seine seit Wochen gehende Vernehmungen nichts aussagen dürfe. Der Vorsitzende des Reichsausschusses Abg. Schwarzer (Bayer. Volkspartei) belehrt ihn, daß er der Reichstagskommission jede Auskunft geben müsse. Der Untersuchungsrichter wird beauftragt, den Erfolg seiner Untersuchung in einem schriftlichen Berichte der Kommission zu unterbreiten. Die Einsicht in die Gerichtsakten behalte sich der Ausschuß vor. Der Untersuchungsrichter bemerkt noch, daß seine Untersuchung noch monatelang dauern würde.

In der dritten Sitzung, die im Rathause in Ludwigshafen stattfindet, werden zuerst die Fragen 1 und 2 des Antrages Remmele behandelt. Hierzu führte Professor Bosch, der Erfinder des Ammonsulfatsalpeter aus: Das Ammonsulfatsalpeter sei ein Doppelsalz, bestehend aus dem explosionsfähigen Ammonitrat und dem vollkommen ungefährlichen Ammonsulfat. Mit dem Ammonsulfatsalpeter seien eine große Anzahl von Versuchen gemacht worden, um es auf seine Explosionsfähigkeit und Brennbarkeit zu prüfen, aber bisher hätten alle Versuche in den Laboratorien und sonstigen Versuchsstationen negativen Erfolg gezeitigt. Professor Dr. Gutbier von der Technischen Hochschule bestätigt seine Ausführungen.

Der Abg. Remmele bestreitet, daß es sich beim Ammonsulfatsalpeter um ein Doppelsalz handle, es sei ein einfaches Mischsalz aus den genannten beiden Stoffen. Eine homogene Verbindung gingen beide Salze nicht ein. Auch sei es nicht so, daß das Ammonitrat allein, ohne Verbindung mit organischen Stoffen nicht explosiv sei. In jedem Schulbuch könne man lesen, daß das Ammonitrat sowohl sehr feuergefährlich und stark explosiv sei. Zur Begründung dieser Auffassung verliest Remmele eine Anzahl Aufsätze aus bekannten Schulbüchern der technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen vor, die von ersten Autoritäten geschrieben seien. Er beantragt, als Zeugen zu laden: Professor M. Hoffmann, Berlin, Ingenieur G. Voigtmann-Berlin, Dr. Bruno Waeser-Magdeburg und Landwirtschaftslehrer Eberhard Fink-Berlin. Abg. Dr. Kuhlenkamp (Deutsche Volkspartei), der ebenfalls Chemiker und mit Direktionsbeamten der Anilinfabrik sehr befreundet ist, bestätigt die Richtigkeit der aus den Schulbüchern genannten Tatsachen. Das stehe aber nicht im Widerspruch mit den Aussagen der Sachverständigen. Aus diesem Grunde brauchten die genannten Schulmänner nicht als Sachverständige geladen werden. Abg. Remmele weist abermals auf die ganz erheblichen Widersprüche hin, und verharrt auf seinem Antrage. Die genannten Lehrer, die ihre Tätigkeit in den Verbraucherkreisen des Kunstdüngers ausüben, wüßten jedenfalls auch aus der Praxis der Verbraucher wichtige Erfahrungen anzugeben, was die Ladung um so dringender mache. Die Beantwortung der Fragen 1 und 2 blieben damit offen.

Bauer!

Jede goldene Aehre sollte Dich mahnen: Rußland hungert.
Jeder Scheffel Korn soll Dich erinnern: Denk an Rußland.
Jedes grüne Blatt soll Dir zurufen: Rußland in Not.
Jeder Becher Milch muß mahnen: Rettet Rußlands Kinder.

Bauer, der Du gesättigt vom Tisch aufstehst und wohlgenährt bist, denk an Rußlands Kinder, die dahinsiechen. Denn die Milchkühe, die sie nähren, sind verschmachtet und das Schlachtmesser kam ihrem Hungertod zuvor. Den Müttern versiegt die Milch in den Brüsten und die zarten Säuglinge gehen zugrunde.

Mütter, die Ihr Eure Kleinen noch warm umhüllen könnt vor dem drohenden Winter, denkt an die Armen in Rußland, die dem Hunger noch entronnen, der Kälte ohne Kleidung preisgegeben umherirren, Verwaiste der Hungergebiete.

Ihr, kleine Bauern und Landarbeiter, die Ihr selber hart um die Frucht Eurer Scholle ringt, die Ihr den Himmel um Regen anfleht, um die Erde fruchtbar zu machen, Ihr, denen das Glück günstig war und die Ihr die goldenen Früchte ladet in Scheunen, spendet von Eurem Ueberfluß den Armen in Rußland! Und spendet nicht nur von der Frucht!

Regt Eure Arbeitshände für die, die auf Hilfe warten. Du, Schmied des Dorfes, und jeder, der versteht, einen Spaten zu machen, eine Axt oder irgend ein Arbeitsgerät! Gib Deine freie Stunde! Dein Feierabend sei die Zeit, da Du für Rußland arbeitest.

Bauern!

Gebt und spendet in reicher Fülle von Eurem Herbstsegen in der internationalen Sammelwoche vom 9. bis 16. Oktober.

Preußischer Landtag.

Die Dienstagsitzung des Preußischen Landtages beginnt mit der Beantwortung Kleiner Anfragen. Zwei Zentrumsanträge über die Versorgung der Staatsbeamten mit Wintervorräten und Neuregelung der Notzuschläge zu den Bezügen der Beamtenanwärter und Anwärterinnen werden ohne Debatte dem Ausschuß für Beamtenangelegenheiten überwiesen. Ein deutschnationaler Antrag über die Aufbesserung der Bezüge der aus den abgetretenen Gebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittelbaren Staatsdienstes wird ohne Debatte in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Form angenommen.

Die Besprechung der Großen Anfrage Hoff (Dem.) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes betreffs Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen in Verbindung mit dem Antrag Kunert (USP.) über den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen und dem deutschnationalen Antrag über Unterstützung der Privatschulen wird fortgesetzt.

In der Debatte tritt der Abg. Kimpel (Dem.) dafür ein, daß die Privatschulen sich selbst erhalten müssen. Der jetzige Entwurf des Reichsschulgesetzes verdrehe die Sachlage, er setze die Gemeinschaftsschule zugunsten der Bekenntnisschule zurück. Der Abg. Kollmann (USP.) fordert, daß der Religionsunterricht überhaupt aus der Staatsschule verschwinde.

Das Haus vertagt sich. Gen. Dr. Meyer beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Große Anfrage der Sozialdemokraten über das Verhältnis des Breslauer Polizeipräsidenten zur Orgesch und seine Unterstützung durch den Minister des Innern, Dominicus, zu setzen. Die bürgerlichen Parteien fürchteten, daß die Erörterung Licht in das Treiben der Selbstschutzverbände in Oberschlesien bringen und damit die Beschlüsse des Völkerbundes in Genf ungünstig beeinflussen könnten. Der Antrag wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Personalpolitik des Ministers des Innern. Große Anfrage über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule. Kleine Etats.

*

Die Mittwoch-Sitzung des Landtages dauerte 5 Minuten. Das Zentrum brachte einen Antrag ein auf Vertagung der Sitzung in Anbetracht der außerordentlich schwierigen Situation, in der sich das deutsche Vaterland befindet. Die demokratischen Trottel dieses deutschen „Parlaments", als da sind Mehrheitssozialisten, Unabhänge pp., zogen nach der Belehrung, die die Rechte ihnen durch Annahme des Vertagungsantrages über demokratisches Mitbestimmungsrecht des Volkes in allen entscheidenden Fragen des politischen Lebens gegeben hatte, wie begossene Pudel ab.

Nächste Sitzung Donnerstag.

„Werden wir denn Hilfe bekommen?!" fragte er ohne jede Vorrede.

„Natürlich ja."

„Und wann das?"

„Jetzt schon, sehr bald."

„Das ist es eben" . . .

Dieser Satz gilt anscheinend schon nicht mir, sondern ist einfach eine lautgewordene Beendigung seiner eigenen Gedanken. In dem heißen Schweigen vergingen wenigstens 2½ Stunden und der Fuhrmann wendete sich wieder mir zu.

„Die Sache ist nämlich so, daß, wenn es nicht schnell kommt, so sind wir alle am Ende . . . Wir können nicht warten . . . Das Vieh auch nicht . . ."

„Das ist es ja . . . das Vieh, — Sie sehen es selber, . . . auch die Leute sterben . . ., wann wird's denn mit der Hilfe? — Wie ist es dort bei Ihnen?"

„Sehr bald." . . .

„Nun ja, wenn es noch bei Zeiten ist . . . gebe es Gott, denn wir können nicht lange warten . . ."

Und dann wieder Schweigen.

Schon lange sehen wir auf dem Berge vor uns den weißen, hohen Kirchturm von Ivanovka, kriechen aber erst zur Abenddämmerung an das Dorf heran. Wir fahren hinein, auf einer löcherigen Brücke über das völlig ausgetrocknete Bett, des einzigen Flüßchens der Ortschaft. Die Reihe der Scheuern und Bauernhäuser fängt an, und was in erster Reihe ins Auge fällt, das sind die „aufgegessenen" Strohdecken, die ragenden Dachgerüste, die Skelette ohne Haut. Die Ortschaft ist anscheinend groß, auf einer großen Fläche verbreitet. Wir brauchen den Bezirksvollzugsausschuß, wo dieser aber ist, weiß der Fuhrmann nicht. Wir müssen fragen, aber wen? Das ist der erste unheimliche Eindruck: Wieviel wir auch in der Ortschaft umhergehen, wir sehen keine lebendige Seele, kein Huhn, keinen Hund, keinen Menschen.

„Ist denn das Dorf ausgestorben? Wo sind die Leute?"

Es sind keine Fragen, sondern nur Worte, die mir unwillkürlich entschlüpfen.

„Ja, was sollen sie denn herumgehen?" sagt der Fuhrmann. „Vom Gras wird niemand viel herumgehen! Sie liegen eben meistens . . ."

Endlich begegneten wir doch einer Bauernfrau, und die zeigte uns mit der Hand. „Wo die Kirche ist, dort ist der Sowjet! Ihr werdet schon sehen. Dort sind auch die Leute!"

Die Reisequalen sind zu Ende. Ich gehe zum Vollzugsausschuß und treffe sogar glücklicherweise den Vorsitzenden an. Hier sind tatsächlich auch Leute.

Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, ein einheimischer Bauer, Kommunist, wohnt, wie man zu sagen pflegt, von Urzeiten her in Ivanovka und kennt jeden Bauernhof durch und durch. Es ist ein freundlicher Mensch, ein „ruhiger Charakter", der mit allen auszukommen weiß, und wieviel ich auch mit Bauern über ihn sprach, ich hörte kein schlimmes Wort, was, wie ich mich überzeugte, bei weitem nicht in allen Dörfern so ist.

Er griff mit geübter Hand nach meinem Mandat, und als er die Worte „Kommission zur Unterstützung der Hungernden" las, wurde es heller in seinen Augen.

„Ja, wir brauchen die Hilfe," bemerkte er, seinen Bart streichelnd, und das Weitere im Mandat interessierte ihn augenscheinlich wenig, „wir brauchen sie, denn aufrichtig gesagt, bald wird es auch bei uns keine Hungernden mehr geben, sondern nur Sterbende."

„Sind denn viele gestorben?"

„In unserer Gemeinde sind etwas weniger als zweihundert Hungertode registriert, und heute noch starben . . ."

„Zwei hat man heute hinausgetragen," ertönte irgendeine bejahende Stimme rechts von mir.

Ich wendete mich hin und erblickte die Riesenfigur des Popen.

„Das ist der Vater Paul und gleichzeitig unser Sowjetangestellter," beeilte sich der Vorsitzende mit der Vorstellung.

Die „Amtsstelle" füllte sich langsam mit Bauern. Später kam die Lehrerin hinzu. Es wurde finster, so daß es zu spät war, in das Dorf zu gehen, und der Abend verfloß im allgemeinen Gespräch. Der Wert dieses Gespräches bestand in erster Linie in seiner Wahrhaftigkeit. Man sprach ausschließlich von Sachen, die einem jeden der Anwesenden auf das genaueste bekannt waren; von Uebertreibungen oder Geringschätzung konnte nicht die Rede sein. Der kleinste Irrtum veranlaßte alle übrigen zur Richtigstellung, und das ganze Leben des Dorfes entfaltete sich mit einem jeden Worte immer mehr in ein großes, gruseliges Bild, unter das man das eine Wort schreiben könnte: „Dem Tode geweiht!"

Es fällt den Bauern schwer, sich zu bewegen, alle sind sie bis zum äußersten erschöpft, die meisten haben aufgeschwollene Füße, stützen sich auf Stöcke, wanken beim Gehen, aber heute schleppten sie sich doch herbei zu ihrem Sowjet. Die Nachricht, daß im Sowjet ein „Fremder" sei, verbreitete sich doch auf irgendwelchen Wegen, brachte alles in Bewegung, und so hinkten sie alle heran, wer es nur vermochte, kam. Dies ist auch verständlich, denn wenn sie noch irgendetwas am Leben erhält, so ist es nur die Hoffnung, daß schon bald, von Minute zu Minute, irgend jemand kommen muß, ein Zauberer, der alle vom sonst unvermeidlichen Tode erretten wird. Sie warten buchstäblich auf ein Wunder.

„Sind die Leute da bei euch still?!" fragte ich am folgenden Tage den Vorsitzenden.

„Ja, Sie haben es ja gestern gesehen!" antwortete er. „Wie nasse Hühner, keinen Laut hört man von ihnen! Früher aber war es nicht so! Wie dieses Hungern da bei uns angefangen hat, da kamen sie im Anfang — vielleicht weil sie es noch nicht gewohnt waren — sofort zum Sowjet. Da schreien sie und drängen und verlangen Brot. „Wir sterben!" schreien sie. Wir sagten ihnen natürlich dieses und jenes, sie wollen aber nichts hören. — Brot!" — und damit basta. Jetzt aber sehen Sie, wie still sie geworden sind . . . Langsam kam es nun soweit! Sie sehen, daß es auch bei uns im Sowjet kein Brot gibt, daß auch wir, trotzdem wir die Behörde sind, Blätter essen, — nun begriffen sie eben alles und wurden stiller, immer mehr und mehr, und endlich schweigen sie nun ganz. Vom Schreien schon gar nicht zu sprechen, nicht einmal ein Wort hört man von ihnen, sie kommen nur in den Sowjet, fragen nach, ob nicht etwas von der Hilfe zu hören ist, und gehen dann langsam nach Hause.

Zweihundert Tote schon jetzt im August! Um diese Zahl zu verstehen, muß man wissen, daß der Hunger in den Dörfern mit seinen Opfern nicht so leicht fertig wird. Der Mensch klammert sich an das Leben und leistet dem Hunger gegenüber einen wahrhaft wunderbaren Widerstand! Im Prozesse des Widerstandes sondern sich alle allgemeinen Gesetze der Psychologie. Der Organismus muß sich an Funktionen anpassen, die ihm ganz fremd sind, und alle Möglichkeiten des Kauens, des bloßen Kauens, müssen erschöpft werden, damit der russische Bauer sein Leben dem Hunger endlich übergebe. Solange er nur irgendetwas kaut, lebt er noch; nur hier zum Beispiel hörte und überzeugte ich mich zum erstenmal im Leben, daß der Mensch im buchstäblichen Sinne des Wortes Holz ist.

Ueber dem Dorfe Ivanovka schwebt in letzter Zeit ein böses Geschick, wie man von solchen Dörfern, denen alles mißlingt, zu sagen pflegt.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Die Eisenbahner vor dem Kampf.

Der Bezirksbetriebsrat sendet uns folgendes Schreiben:

„Nach Verfügung des Ministeriums soll im Eisenbahnverkehr für die Arbeiterschaft die geteilte Arbeitszeit eingeführt werden. Auch sollen diejenigen Bediensteten, welche im Betriebsdienst während achtstündiger Arbeitszeit nicht volle acht Stunden beschäftigt sind, bis zu 14 und 15 Stunden Dienst verrichten. Im Bezirk wird schon verschiedentlich von der Arbeiterschaft durch Zwang 12 Stunden Dienst und darüber geleistet.

Wir sehen darin eine ungesetzliche Vergewaltigung den Arbeitern gegenüber, welche uns als die Schuldigen ansehen, trotzdem wir den stärksten Widerstand entgegengesetzt haben, nicht über den Achtstundentag hinauszugehen, sowie gegen die Einführung der geteilten Arbeitszeit sind.

Wir machen die Oeffentlichkeit sowie die Behörden darauf aufmerksam, daß wir unseren Wählern von dem Treiben des Ministeriums sowie der Direktion Kenntnis geben werden, wodurch eine größere Aktion nicht zu vermeiden sein wird, für die wir jede Verantwortung von vornherein ablehnen müssen."

Wir sind gerade der Meinung, daß der Bezirksbetriebsrat im Verein mit dem Eisenbahnerverband mit aller Kraft eine Abwehraktion vorbereiten muß, damit den Praktiken des „Hundsfott"-Gröner ein Riegel vorgeschoben wird. Sie sollen nicht die Verantwortung ablehnen, sondern mit aller Kraft und mit voller Verantwortung die Arbeiter vor der Durchbrechung des Achtstundentages bewahren.

Wir empfehlen ihnen das Beispiel der Halleschen Kollegen, die mit neun Zehntel Mehrheit den Generalstreik beschlossen, falls Gröner mit seinen Erlassen Ernst macht.

Die Zersplitterungsaktion der Porzellanindustriellen gescheitert.

Am Montag früh hatten sich die streikenden Porzellanarbeiter im Sandberg-Hotel versammelt, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Zunächst wurde von den Streikposten beobachtet, daß die Einschüchterungsversuche der Fabrikanten, dadurch, daß allen Arbeitern die Papiere geschickt wurden, fehlgeschlagen ist. Es hatten sich keine Streikbrecher eingefunden.

Auf Wunsch der Versammlung sprach Kollege Scholze-Waldenburg, der an der Hand der wirtschaftlichen Lage klarlegte, daß es vollkommen verfehlt wäre, jetzt in den Betrieb zu gehen. Schon jetzt seien die Forderungen der Porzellanarbeiter durch die fortschreitende Verteuerung überholt. Er wies darauf hin, daß die Unternehmer die Forderungen sehr gut bezahlen könnten. Durch ihre ungeheuren Valutagewinne seien sie dazu in der Lage. Für die Arbeiter sei jetzt die Situation günstig, müßten doch die Unternehmer bis 15. November große Massen von Porzellan liefern, wollen sie nicht hohe Konventionalstrafen bezahlen. Es sei zu begrüßen, daß der Verband von der Taktik anderer Gewerkschaften abgewichen sei, und die gesamte Porzellanarbeiterschaft zum Kampf gerufen habe. Die Not und das Elend illustrieren besonders die Verhältnisse bei der Firma Pohl-Waldenburg. Dort haben die Arbeiter 1500 bis 2000 Mark Schulden beim Unternehmer. Daß derartige Verhältnisse nicht angetan sind, die Unabhängigkeit vom Unternehmer herbeizuführen, sei klar. Aus der Reihe der Versammlung wurde angeregt, das Waldenburger Gewerkschaftskartell anzurufen, damit dies die gesamte Arbeiterschaft, einschließlich die Bergarbeiter, zur moralischen und finanziellen Unterstützung aufrufe.

Die Versammlung, die die Ausführungen des Koll. Scholze einmütig guthieß, ging auseinander mit dem festen Willen, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Die „armen" Junker verteidigen sich.

Der Schlesische Landbund scheint beunruhigt zu sein über die steigende Erregung der Arbeiter über die dauernde Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise. Die Empörung der Arbeiter durch die letzte Brotpreiserhöhung veranlaßt ihn, einen neuen Schwanengesang über die unschuldigen Großagrarier anstimmen zu lassen. In einem Plakat, das heute an den Anschlagsäulen prangt, weist er auf die unverantwortliche Hetze hin, die, trotzdem es allgemein bekannt sei, daß Industrie- und Düngemittel gestiegen seien, gegen „die Landwirtschaft", gemeint sind die Großagrarier, betrieben wird.

Der Vogel wird abgeschossen mit der Bemerkung, daß die neue Brotpreiserhöhung von der Regierung beschlossen sei. O, diese Heuchler! Nachdem sie durch ihre Lieferungssabotage es zur Erhöhung der Preise getrieben, rufen sie: Haltet den Dieb. — Sogar die Reichsgetreidestelle, die nur ein Schattendasein führt und die Zwangswirtschaft, die durch die Schiebungen und den planmäßigen Schleichhandel der Junker gefallen ist, soll schuld sei an der jetzigen Höhe der Getreidepreise.

Die Junker müssen die arbeitende Bevölkerung wirklich niedrig einschätzen, was ihren brutalen Handlungen entspricht, wenn sie solche Mätzchen ihnen vorzumachen versuchen.

Weiter sagen sie, daß die Landwirte keinen Einfluß auf die Entwicklung der Preise für freies Getreide haben. Ja, sie haben recht, insofern wir die kleinen Bauern betrachten, die nicht für den Markt produzieren, denen, wenn sie ihr Umlagegetreide abgeliefert, ihren eigenen Bedarf gedeckt, kaum etwas bleibt für den freien Handel. Die Kleinen, die ihren letzten Rest schon verkauft haben, können sich nicht schadlos halten an der Entwertung der Mark. — Die Junker dagegen halten zurück, weil sie wissen, daß die Teuerung und die neuen Steuern zur weiteren Preissteigerung führen. Wenn dieser Zustand eintritt, dann werden sie dadurch, daß sie ihr Getreide zurückhielten, tatsächlich den Preis im freien Handel bestimmen, während die Kleinen dabei leer ausgehen werden.

Aber die Junker behaupten, sie haben keinen Einfluß auf die Gestaltung der Preise für freies Getreide. Warum riefen sie freien Handel? Weil sie höhere Preise wollten.

Wenn die Junker Georg Schmidt als Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiter-Verbandes als Kronzeugen für ihren Beweis anführen, so mag er sich selbst verteidigen oder seine Trabanten der Stinnespartei. — Wir verzichten auf die Gemeinschaft mit dem Schlesischen Landbund. — Aber so geht es einer Partei wie der SPD., die nicht wagt gegen die Junker vorzugehen.

Wie stehen denn nun aber die Preise für Getreide auf dem Weltmarkt und in Deutschland?

Sofort, schon im August, als die Zwangswirtschaft fiel, stiegen die Preise für freies Getreide in Deutschland über den Weltmarktpreis.

Am Tage (Dienstag, 10. September), als der Anschlag in Breslau erschien, waren die Preise für Weizen z. B. folgende laut „Deutscher Tageszeitung":

Deutscher Weizen per 50 Kg. 232—234 Mk.
Amerikanischer Weizen per 50 Kg. 193—195 Mk.

Amerikanischer Weizen ist also 16⅔ Prozent billiger als deutscher Weizen. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt darüber:

„Vom nordamerikanischen Getreidemarkt wurde ein weiterer Preisrückgang gemeldet, dem aber wieder eine weitere Verschlechterung des Markkurses gegenüberstand."

Also trotz Verschlechterung des Markkurses ist das amerikanische Getreide billiger als deutsches.

Die deutschen Arbeiter müssen also den deutschen Junkern den Tribut zahlen, weil sie Aecker brachlegen und Ackerland in Weideland verwandeln. — Deutschland kann, weil es für 35 000 000 Menschen Getreide einführen muß, nicht soviel einführen infolge der Entwertung der Mark, als es braucht. Daher können die Junker höhere Preise fordern für Getreide, als auf dem Weltmarkt gezahlt werden. Und dann erklärt ein Graf v. Kaiserlingk, daß an Lohnzulage an die Landarbeiter nicht gedacht werden könne, weil die Ernte dieses Jahr schlecht war. — Also niedrige Löhne und hohe Preise, das ist das Ideal der Junker, das sie jetzt verwirklichen! Wer bestimmt nun die Preise für Getreide? Ob sie noch jetzt den Mut haben, die Führer des Schlesischen Landbundes, ihre Behauptungen aufrechtzuerhalten?

Bei der Kartoffelversorgung zeigt sich ein ähnliches Bild. — Die Junker lassen die Kartoffeln einmieten, um die hohen Preise des Frühjahrs zu erhalten. Die Folge ist schon jetzt ein Kartoffelmangel in den Städten und daher hohe Preise, Hunger und Elend für die Arbeiter. — Wer hat keinen Einfluß auf die Preisgestaltung? Die Junker oder die Arbeiter?

Kleinbauern, fordert die Befreiung von der Ablieferung des Umlagegetreides bei einem Besitz von unter 20 Morgen und Auferlegung des Lieferungssolls auf die Junker. Arbeiter auf dem Lande und in der Stadt, kämpft für den Austausch zwischen Stadt und Land.

Erkämpft die Kontrolle der Produktion! Dann wird es unmöglich sein, daß die schlesischen Landjunker allen Notierungen auf der Börse, allen Tatsachen zuwider, behaupten können, nicht sie in ihrer unersättlichen Profitsucht seien schuld an den hohen Preisen, sondern die Machthaber der glorreichen Republik.

Erkennt, daß reaktionäre Junker und Schlotbarone die Aussauger des deutschen Volkes sind, daß, solange diese Parasiten nicht beseitigt sind, keine Besserung eintritt. Erkennt, daß ein solch moralisch verkommenes Pack nicht durch Helfen am Aufbau, durch die bürgerliche Demokratie, „durch ein Hineinwachsen in den Sozialismus" bekämpft wird, sondern nur durch das Radikalmittel der restlosen Beseitigung.

Kunstabend zugunsten Sowjet-Rußlands.

Das Hilfskomitee für Breslau hatte für Montag zu einem Kunstabend eingeladen. In Bräuers Festsälen in Pöpelwitz war kein Platz mehr zu finden, so zahlreich waren die Genossen mit ihren Familien und Bekannten erschienen. Das Programm bestand aus Vorträgen einer Mandolinenkapelle, die ihre Sache sehr gut machte, aus Rezitationen und Aufführung von Theaterstücken. Genosse Singermann hielt eine kurze Festrede, in der er den Leidensgang des russischen Proletariats schilderte und auf die Notwendigkeit hinwies, wie gerade Deutschlands Arbeiter alles daran setzen müssen, daß nicht Rußland und damit die Revolution in Deutschland zugrunde gehe.

Es wurden drei Theaterstücke aufgeführt, die bei den Erschienenen großen Beifall fanden. Wir erkennen den Eifer der Mitwirkenden ohne weiteres an, müssen aber schon bemerken, daß man mit Pathos und unglücklichen Gesten die Sache nicht besser macht. Es wird in Zukunft zweckmäßig sein, wenn unsere Genossen die bengalische Beleuchtung eines auf den Barrikaden Gefallenen weglassen.

Das am besten gelungene war „Arbeiter — Bauer — Spartakus". Auch hier in Zukunft weniger Pathos und Gesten, sondern sprechen, als wenn man im Betrieb oder sonstiger Agitation jemanden aufzuklären versucht. Als der Arbeiter und der Bauer durch die Aufklärung des Spartakus einig waren und die Internationale anstimmten, sangen alle Anwesenden mit. Es ist zu wünschen, daß ähnliche Kunstabende, noch besser zugestellt, öfter wiederholt werden. Sie sind dazu angetan, das Interesse für unsere Sache und für Rußland zu wecken.

Varietee Zeltgarten.

Wie vor dem Kriege ist der Zeltgarten auch jetzt wieder auf der Höhe der Zeit. Der Besitzer, Herr Maslankowsky, gibt sich die größte Mühe, den Besuchern das Beste zu bieten. Wer bei angemessenen Preisen ein paar vergnügte Stunden verleben will, wird sicher im Zeltgarten befriedigt werden.

Am 1. und 15. jeden Monats ist Programmwechsel. Außerdem finden sonntäglich von 12½ bis 2 Uhr Matinees statt, deren Besuch zu empfehlen ist.

Aus der Provinz.

Den Schnaps für die Reichen, den Schmachtriemen für das Proletariat.

Auf dem Rittergut Diesche bei Niesky, Kr. Rothenburg, das ein Herr v. Martin bewirtschaftet, wird wieder einmal der Beweis geliefert, wie die Junker mit der Ernährung des deutschen Volkes Schindluder treiben.

In Deutschland ist infolge der großen Dürre des letzten Sommers die Kartoffelernte eine sehr schlechte, was alle Arbeiter an den jetzt schon so hohen Preisen zu spüren bekommen. Auf dem Gute des Herrn v. Martin ist es aber möglich, daß Kartoffeln dem Erfrieren preisgegeben werden. Nicht etwa, daß „Leutemangel" schuld sei, nein, man ließ die Kartoffeln ausmachen und dann auf dem Felde liegen. Die Kartoffeln sind natürlich infolge der Nachtfröste stark angefroren und für die Ernährung nicht mehr zu verwenden.

Um „Diebstähle" zu verhindern sind Tag und Nacht Wächter aufgestellt, die den Landarbeiter oder Industriearbeiter sofort mit der Justiz in „angenehme" Fühlung bringen.

Die Kartoffeln können lieber erfrieren, als daß sie ein Arbeiter für die hungrigen Mäuler seiner Familie verwendet.

Aber der Schnaps steht hoch im Preise, und man erhält für Schnaps mehr als für Speisekartoffeln. Herr v. Martin, der selbst eine Brennerei hat, scheint das auch zu wissen.

Die Landarbeiter, die nicht wollen, daß die Industriearbeiter hungern und Wucherpreise zahlen müssen, können diese Luderwirtschaft verhindern, wenn sie ihre Betriebsräte beauftragen, hier wirksam einzugreifen. — Sie müssen ihre Organisationen verpflichten, sie in diesem Kampfe zu unterstützen.

Die Landarbeiter können verhindern, daß wichtige Lebensmittel zu Schnaps verbrannt werden, während die Masse des Volkes hungern muß. Landarbeiter, Industriearbeiter, Kleinbauern, Angestellte und Beamte, schließt die Einheitsfront zwischen Stadt und Land gegen die Junker und Kapitalisten!

Landeshut. Ortsausschußsitzung. Die am 4. und 11. d. M. stattgefundenen Sitzungen beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Neubesetzung des Arbeitersekretariats. An beiden Abenden sollten die von der Anstellungskommission in die engere Wahl gestellten Bewerber sich persönlich vorstellen. Da der zu erwartende zweite Bewerber im letzten Augenblicke telegraphisch absagte, setzte eine Debatte ein, welche das Treiben einer kleinen, aber desto rühriger mit allen Mitteln arbeitenden Gruppe SPD.-Kollegen gegen die gewerkschaftliche Geschlossenheit haarscharf beleuchtete. Mußte doch offen zugegeben werden, daß von dieser Seite Aeußerungen gefallen sind, wenn nicht einer der Ihren gewählt wird, die Beiträge fürs Kartell seitens einiger Organisationen gesperrt werden würden. Und die Ankündigung eines anderen SPD.-Kollegen, wenn ein der KPD. angehörender Genosse als Sekretär gewählt würde, dann die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln in Wegfall kämen, läßt auf gute Vorarbeiten bei Behörden und Bürgertum schließen. Ganz im Sinne der Thesen von Görlitz, lieber mit Stinnes die kapitalistische Restaurierung unter Hintenansetzung der früheren Anschauung zu vollziehen, als proletarische Interessen ernsthaft vertreten zu wollen. Befremden erregte es, daß ein aus dem Kreise Waldenburg an die Generalkommission eingereichtes Bewerbungsschreiben von dieser nicht nach hier weitergegeben worden ist. Beschlossen wurde, das zurückgehaltene Schreiben nachträglich einzufordern, im übrigen für nächsten Montag die anderen beiden Bewerber zur persönlichen Vorstellung zu laden. Des weiteren wurde beschlossen, die aus finanziellen Gründen während des Krieges unterbrochene Verbindung mit dem Bezirkssekretariat Liegnitz durch Zahlung der Beiträge ab 1. Oktober wieder aufzunehmen. Den Bericht vom Schlesischen Heimstättentag gab Kollege Scholz. Aus demselben war zu entnehmen, daß alle dort zum besten gegebenen guten Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot und zur Förderung der Volksgesundheit wiederum, wie in vielen anderen Fällen, in der kapitalistischen Wirtschafts„ordnung" nur Wünsche und Hoffnungen für die Zukunft bleiben werden. Helfen kann hier nur Enteignung von Grund und Boden und Sozialisierung des Baugewerbes; das aber ist eine politische Machtfrage, welche das Proletariat nicht mit Stinnes im Sinne der SPD.-Politik, sondern gegen die um Stinnes zu lösen gezwungen sein wird. Zum Schluß wurde beschlossen, an die Kreis- und Kommunalbehörden, sowie die Arbeitgeber die Aufforderung zu richten, die Kartoffelversorgung für das laufende Wirtschaftsjahr durch rechtzeitigen Einkauf zu annehmbaren Preisen sicherzustellen. Es geht nicht an, daß jetzt schon von einem Produzenten in Reichhennersdorf 80 Mark für den Zentner gefordert werden. Desgleichen soll durch die Behörden versucht werden, Kartoffeln zu verbilligten Preisen für die Witwen, kleinen Rentner, Rentenempfänger, von den Landwirten zur Verfügung gestellt zu bekommen. Beschwerde wurde noch geführt über die zurzeit stockende Zuckerausgabe; gleich anderen Städten und Kreisen soll auf baldige Belieferung gedrängt werden.

Versammlungskalender.

Breslau. Kommunistische Metallarbeiter. Die Fraktionsversammlung findet nicht am 19. Oktober, sondern am Montag, den 17. Oktober, im „Blauen Schiff", Herrenstraße, statt. Wichtige Tagesordnung. Alles erscheinen.

KPD. Ortsgruppe Fellhammer veranstaltet am Sonntag, den 16. Oktober, im Gasthof „Zum Mayrauschacht", Neu-Lässig, einen Familienabend. Sämtliche Mitglieder der Ortsgruppen des Unterbezirks Waldenburg sind dazu herzlichst eingeladen. Anfang 5 Uhr. Der Vorstand.

Ortsgruppe Lehmwasser. Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kloß. Wichtige Tagesordnung. Genossen, erscheint alle und pünktlich und legt endlich den Stumpfsinn ab.

Der Aktionsausschuß.

KPD., Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn. Sonnabend, 15. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Eisenbahn". Wichtige Tagesordnung. Die Mitglieder müssen alle erscheinen.

Achtung! Ortsgruppe Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 16. Oktober 1921, vorm. 9 Uhr in Finsterbrunn Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Parteitages der SPD. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. 3. Rußland-Hilfe. 4. Organisatorisches und Verschiedenes. Genossen, da die Versammlung sehr wichtig ist, erwartet der Vorstand vollzähliges Erscheinen.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 16. Oktober Bannerweihe der Ortsgruppe Nieder-Hermsdorf. Diejenigen Ortsgruppen, welche bereits Einladungen erhalten haben, werden ersucht, sich punkt halb 2 Uhr am Flora-Bassin einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm
Sonntag vormittag 11—1 Uhr
Große Matinee

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8 bis 14 Tagen.
Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt.
Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilmittel, Bremen,
Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 5 bis 7 Uhr.